

PRESSEKONFERENZ

am Mittwoch, dem 4. November 2020

Zeit: 11 Uhr, ONLINE

Betroffene des rechten Terrors in Neukölln laden ein am Jahrestag der NSU-Enttarnung an einen Ort rechter Anschläge, der auch auf der NSU-Liste stand.

Ein Jahr nach der Übergabe von 25.000 Unterschriften für einen Untersuchungsausschuss zum rechten Terror in Neukölln an das Berliner Abgeordnetenhaus wollen wir Bilanz ziehen:

- * Der rechte Terror in Neukölln geht weiter.
- * Immer weitere Skandale in den Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden werden bekannt.
- * Die Berichte der BAO Fokus sind ein Armutszeugnis.
- * Statt konsequent politisch zu handeln, beauftragt der Innensenator Sonderermittler.

Angesichts dieser Entwicklung halten immer mehr Politiker*innen einen Untersuchungsausschuss für notwendig.

- * Was muss untersucht werden?
- * Wo besteht aktueller Handlungsbedarf?

Betroffene stellen ihre Forderungen vor.

Und wir präsentieren den Video-Clip "Der Neukölln-Komplex. Rechter Terror in Berlin" von Ina Rommee / Medienkünstlerin und Stefan Krauss / Fotograf.

Heinz J. Ostermann

Neukölln-Komplex: Die politischen Entwicklungen des letzten Jahres

Vor knapp zwei Jahren haben wir unsere Forderung nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Neuköllner Anschlagsserie zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgetragen. Anlass hierfür war unsere Unzufriedenheit mit der Arbeit der Sicherheitsbehörden und der Gedanke, dass die mangelnden Ergebnisse vielleicht auch damit was zu tun haben könnten, das es in den Behörden Schwachstellen gibt, die die Ermittlungen hintertreiben.

Am 4. November 2019 haben wir vor dem Abgeordnetenhaus unserer Forderung mit der Übergabe von über 25.000 Unterschriften Nachdruck verliehen. Was ist seitdem auf der politischen Ebene geschehen?

Beginnen wir mit der demokratischen Opposition im Abgeordnetenhaus, also der CDU und der FDP. Kein Vertreter dieser beiden Parteien hat am 4.11.2019 die Zeit gefunden, an der Übergabe der Unterschriftensammlung teilzunehmen. Eigentlich überraschend, denn grundsätzlich hätte hier die Möglichkeit bestanden, die Landesregierung in Form des Innensensors zu attackieren. Oder - vielleicht doch nicht überraschend, da es sich in diesem Fall "nur" um mutmaßlich rechtsextreme Straftaten handelt. Was hätten diese beiden Parteien nicht alles unternommen, wenn es sich um eine linksextremistische oder islamistische Anschlagsserie gehandelt hätte? Ungleich wichtiger war es statt dessen für CDU und FDP einen Untersuchungsausschuss "Gedenkstätte Hohenschönhausen" einzusetzen, in der Hoffnung den linken Kultursenator Lederer beschädigen zu können. Die Verfolgung und Aufklärung der rechtsextremistische Straftaten ist bei der Berliner CDU in der Prioritätenliste ganz hinten angesiedelt, bietet aber gleichzeitig den willkommen Anlass zur Aufrüstung des Polizeiparats.

Wie sieht es mit der rot-rot-grünen Landesregierung aus? Im Gefolge der Übergabe der Unterschriften gab es Anfang 2020 ein Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Rahed Saleh. Nichts von Bedeutung konnte aus diesem Gespräch mitgenommen werden. Man könnte es als Placebo-Gespräch bezeichnen. Die SPD will keinen Untersuchungsausschuss, da das als Misstrauensvotum gegenüber dem Innensensor gewertet werden würde. Der Innensensor hat mit dem Auftauchen von immer mehr Skandalen und Fragwürdigkeiten in und um den Neukölln-Komplex herum versucht durch die Einsetzung immer neuer Task-Force-Einheiten dem wachsenden Druck nach einem Untersuchungsausschuss zu begegnen. Nach der BAO Fokus musste die Generalstaatsanwältin Koppers das Ermittlungskonvolut übernehmen. Aktuell sind zwei Externe, eine Ex-Polizeipräsidentin und ein Ex-Bundesanwalt, aufgerufen den Neukölln-Komplex aufzuarbeiten und zu bewerten. Im Frühjahr 2021 soll von dieser Seite ein weiterer Bericht vorgelegt werden. Unsere Erwartung hierzu ist äußerst gering, da diese Externen im Vergleich zu einem Untersuchungsausschuss deutlich reduzierte Befugnisse haben und auf den Goodwill der Behörden bei der Zuarbeit angewiesen sind.

Linke und Grüne wiederum wollen die Regierungskoalition nicht an der Frage eines Untersuchungsausschusses scheitern lassen. Die Linke hat schon in 2019 auf einem Landesparteitag beschlossen, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu fordern. Auch wenn einzelne Politiker*innen der Linken die Entwicklung rund um die Anschlagsserie immer wieder kritisch begleiten: die letzte Konsequenz fehlt hier leider bisher aus besagtem Grund.

Die Grünen haben sich bisher lediglich eine/n Sonderermittler*in im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Neukölln-Komplexes vorstellen können.

Aktuell scheinen die skandalösen Ereignisse rund um den Neukölln-Komplex eine gewisse Bewegung in diese Positionen gebracht zu haben. Wenn auch primär mit Blick auf die neue Legislaturperiode. Die Grünen werden - Stand heute- die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss in ihr Wahlprogramm aufnehmen. Auch an der Basis der SPD gibt es kleinere Bewegungen. So hat die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Neukölln einen Beschluss pro Untersuchungsausschuss getroffen und wird auf dem kommenden Landespartag einen diesbezüglichen Antrag stellen. Uns ist klar, dass wir weiterhin mit Nachdruck für einen Untersuchungsausschuss kämpfen werden. Nur dieser Druck von Außen kann verhindern, dass unser Anliegen bei den kommenden Koalitionsverhandlungen nicht hinten runter fällt.

Claudia von Gélieu

BAO-Fokus, Sonderermittler und 11-Punkte-Plan von Herrn Geisel

Wurde dazu nicht schon alles gesagt? Uns Betroffenen rechten Terrors bleibt nur dieser Weg, uns Gehör zu verschaffen. Von der BAO Fokus wurden wir nicht angehört. Offenbar besteht kein Interesse, unseren Fragen und Hinweisen sowie unserer Kritik nachzugehen.

Wie auch immer wieder erklärt, soll die BAO Fokus Ansehen und Vertrauen in die Sicherheitsbehörden wiederherzustellen. Zur Selbstentlastung wird behauptet, keine Anhaltspunkte für rechte Verstrickungen gefunden zu haben. Überprüft werden kann das nicht, weil unter dem Vorwand der Fortführung der Ermittlungen die Öffentlichkeit ausgeschlossen bleibt.

Brandanschläge auf Autos seien nun mal schwer aufzuklären, entschuldigt die Polizeipräsidentin die Erfolglosigkeit ihrer Behörde. Das ist eine Verharmlosung der Gefährdung der Betroffenen, des rechten Terrors und des Staatsversagens. Es geht um mehr, als ein paar Anschläge aufzuklären und einige Täter zu verurteilen. Die demokratiegefährdende Rechtsentwicklung, Hetze und Morddrohungen, die gewalttätige Naziszene ebenso wie Einzeltäter müssen aufgehalten werden. Besonders infam ist die Behauptung, die BAO-Fokus habe die Anschlagsserie in Neukölln gestoppt, während immer neue rechte Taten bekannt werden. Statt der Gefahrenlage gerecht zu werden, wird weiter auf Zeitgewinn gespielt. Herr Diemer, einer der beiden neuen Sonderermittler, hat bereits beim NSU die Aufklärung über das Terror-Netzwerk und die Verstrickungen des Verfassungsschutzes verhindert. Frau Leichsenring dient offenbar als Feigenblatt für die Zivilgesellschaft und die unterstützenden BAO-Fokus-Beamten als interne Aufpasser.

Wir fordern die Aufnahme unserer Fragen in den Untersuchungsauftrag der Sonderermittler, die Anhörung der Betroffenen und zivilgesellschaftlicher Expert*innen. Insbesondere die lange Vorgeschichte des Neukölln-Komplexes und Nazi-Netzwerke müssen endlich berücksichtigt werden. Wurde z.B. der rechte Gewalttäter, der in meiner Straße wohnt, und mit den Tatverdächtigen schon lange gut bekannt ist, auf Tatbeteiligung überprüft?

Und wir fragen: Haben die Behörden nur bei der Verhinderung des Anschlags auf Ferat Kocak versagt? Seit wann wusste der Verfassungsschutz von der Gefährdung anderer von Brandanschlägen Betroffener? Seit wann wurden die Tatverdächtigen überwacht? Welche Erkenntnisse wurden dabei gewonnen und was folgte daraus? Der Bericht der BAO-Fokus war nur eine Stunde Thema im Innenausschuss. Damit wird das Parlament seiner Kontrollaufgabe gegenüber der Exekutive nicht gerecht. Wir fordern eine politische Debatte und Konsequenzen zu dem Eingeständnis, dass der rechte Terror entgegen allen öffentlichen Erklärungen in den Sicherheitsbehörden keine Priorität hatte.

Und hinterfragt werden muss auch, dass offenbar linke Feindbilder das Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaft bestimmen. Im Neukölln-Komplex wurden Opfer zu Tätern gemacht, Antifas kriminalisiert und der Ruf zivilgesellschaftlicher Einrichtungen geschädigt. Beim Political und Racial Profiling gibt es keinen Mangel an Personal, wie sie die BAO-Fokus als Pauschalausrede für anführt. Ein Polizeibeauftragter bringt kein Umdenken, keine Neuausrichtung der Behörde. Und eine Überprüfung von Polizisten durch den Verfassungsschutz macht den Bock zum Gärtner.

Statt dass Behörden zivilgesellschaftlich Aktive gegen rechts behindern, fordern wir deren umfassende Unterstützung. Sie sind die Einzigen, die ausklären und auf die wie Betroffene uns verlassen können.

Ferat Ali Kocak

Skandale der Ermittlungsbehörden und die Anschläge in Nord Neukölln

Ich möchte auf die zahlreichen Skandale der Ermittlungsbehörden eingehen, und die Anschlägen in Nord Neukölln in dem Zusammenhang bewerten. Um ehrlich zu sein würde allein die Aufzählung der Verflechtungen zwischen Nazis und den Behörden den zeitlichen Rahmen sprengen. Das ist aber auch ein wichtiger Punkt. Wir werden stets falsch verstanden. Uns geht es schon längst nicht mehr nur um diejenigen, die diese Taten ausführen. Wir möchten wissen welche Verflechtungen haben dazu beigetragen, dass wir trotz bekanntem Täterkreis seit 11 Jahren mit einer Ermittlungsquote von 0% abgefertigt werden. Wieso hat der Staat versagt? Was haben die zahlreichen Skandale damit zu tun, die durch investigativem Journalismus aufgedeckt und von der Polizei stets abgewehrt werden? Dies muss objektiv und öffentlich aus einer dritten, unabhängigen Perspektive, unter Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in so einem Untersuchungsausschuss unter die Lupe genommen werden. Ich möchte mal ein Überblick verschaffen über die uns bekannten Skandale seit dem wir den Untersuchungsausschuss fordern:

1. Neben den zahlreichen Nazi Chats in der Berliner Polizei, gab es auch ein Chat, in dem ein Polizeihauptkommissar in Adlershof, der in der Neuköllner Hufeisensiedlung wohnt, geheime Informationen auch an Neuköllner Nazis weitergegeben haben soll.
2. Ein rassistischer Polizeibeamter der bis 2016 zum rechten Terror in Neukölln ermittelte und auch Vertrauensperson für die Betroffenen der ersten Anschlagsserie war.
3. Ein LKA Beamter der sich mit einem der Hauptverdächtigen in einer Szenekneipe trifft und vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Der Verfassungsschutzbeamte musste die eigenen Aussagen auf einmal korrigieren und nun kursieren mehrere Versionen von diesem Fall. erinnert sie das nicht auch an den NSU Skandal?
4. die Berliner Polizei hat kurz nach den erneuten NSU 2.0 Drohnachrichten die Aufklärung gegenüber der Datenschutzbeauftragten in Bezug auf dubiose datenabfragen an Polizeicomputern lange verweigerte. Übrigens wurde meine Familie und ich auch mit vollständiger Anschrift in so einer NSU 2.0 Nachricht bedroht
5. Die Hauptverdächtigen fühlen sich im Umfeld der Polizei so wohl, dass sie ihnen einfach fünf tage nach dem Anschlag auf mich mitteilen „Wir wissen doch alle, wer die Autos anzündet. Sie wissen das, ich weiß das, alle anderen wissen das. Aber keiner kann es Sebastian T. nachweisen.“
6. RBB Berichten zufolge haben erst kürzlich zwei Polizisten aus dem Abschnitt am Zwickauer Damm während der Dienstzeit ein Volksempfänger mit Hakenkreuz Symbolen gekauft. Aus Interesse am verfassungsfeindlichen Symbol.

Die Krönung des Jahres war dann die Befangenheit des zuständigen Staatsanwaltes. Abgesehen davon, dass die Zusammenarbeit des Staatsanwaltes mit unseren Anwält*innen nicht wirklich funktioniert hat und die Aufklärung für die Betroffenen blockiert wurde. Wie schon gesagt sind das nur einige Beispiele aus der Zeit seit dem wir den Untersuchungsausschuss fordern. Je weiter wir zurück schauen, umso mehr Skandale haben wir die noch mehr Fragen aufwerfen.

Dass ich nicht gewarnt wurde, obwohl die Polizei wusste wie akribisch die Nazis mich beobachten, ist ein Skandal für sich. Insbesondere, wenn wir berücksichtigen, dass einer der Hauptverdächtigen zum Jahrestag des Anschlags auf mich eine „Gefährdetenansprache“ erhalten hat. Und wenn wir schon dabei sind. Nachdem der zivilgesellschaftliche Druck so stark wurde, hatten die beiden Hauptverdächtigen laut Innenausschuss in 2019 und 2020 insgesamt 16 Gefährderansprachen. Weitere Infos zu diesen Gefährderansprachen hat uns jedoch der Innenausschuss und die BAU Focus verwehrt.

Es verwundert uns nicht, dass die Angriffe entgegen der Behauptung des Innensensors nicht aufgehört haben auch wenn die BAO Fokus die aktuellen Angriffe im Norden - wie auch die Ermordung von Burak Bektas - stiefmütterlich behandelt hat, müssen diese im Gesamtkontext mit berücksichtigt werden. Motiviert von einer 0% Ermittlungsquote gehen die Anschläge im Norden weiter. Aufgrund der nicht Aufklärung oder vielleicht sogar einer Unterstützung sind die Nazis im Bezirk motiviert uns weiterhin zu terrorisieren. Neben Markierungen von Läden und Wohnhäusern von Migrant*innen mit verfassungsfeindlichen Symbolen, wie wir es aus den düstersten Zeiten unserer Geschichte kennen, brennen auch Autos und sogar Wohnhäuser. Kontinuierlich. Auch wenn im Gegensatz zu den gezielten Angriffen auf Personen in Süd Neukölln die Angriffe im Norden die gesamte Community betreffen, gehören diese natürlich zur Kontinuität rechter Anschläge in Berlin Neukölln. Nicht immer wenn es brennt sind es vielleicht Nazis aber dennoch müssen alle Brandstiftungen vor allem in Wohnhäusern, in denen überwiegend von Rassismus betroffene Menschen leben konsequent nach rechtem und rassistischem Motiv ermittelt werden. Und das wir ein Nazi Problem im Bezirk haben wird auch durch einen aktuellen Fall deutlich. Erst vor einigen Tagen in einem Supermarkt auf der Groß-Ziethener Straße wurden in zahlreichen Einkaufswagen Einkaufschips mit einem Hakenkreuz drauf entdeckt.

Und wir sprechen weiterhin von einer 0% Ermittlungsquote seit 11 Jahren, trotz bekanntem Täterkreis und zahlreicher immer wieder neu installierter Ermittlungsgruppen.

Wir fordern die Suspendierung von Polizisten bei rechten Vorkommnissen. Es ist wichtig, dass sogar in Verdachtsfällen, Beamte vorübergehend ihren Dienst nicht weiter ausüben und im Falle der Bestätigung sofort suspendiert werden.

Jürgen Schulte

Zum Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PU)

1. Ausgangspunkt:

a) Die Erfolglosigkeit jahrelanger Ermittlungsarbeit bei gleichzeitiger Fortsetzung von rechtsmotivierten Anschlägen auf Menschen und Einrichtungen in Neukölln lässt die Frage nach ihrer Ursache zum Politikum werden. Dies umso mehr, als auch von offizieller Seite eine bundesweite Radikalisierung der rechten Szene konstatiert wird.

b) Das bisheriges Handeln beschränkte sich auf behördeninterne Untersuchung durch Kommissionen – auch die aktuell eingerichtete Expertenkommission stellt keine neue Qualität dar. Es gibt keine umfassende juristische Regelung für die Durchführung ihrer Arbeit, sie ist auf die Zuarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz angewiesen. Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit hat es bisher nicht in ausreichendem Maße gegeben (Anforderung der Datenschutzbeauftragten als Beispiel). Wir sehen keinen Hinweis, dass sich diese Haltung verändert.

c) Weder die Kommissionsberichte noch die Einschätzung der Rechtsanwälte hinsichtlich der wenig übersichtlichen und systematischen Aktenlage lassen auf eine erfolgreiche Aufklärung hoffen.

2. Ziel des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses:

Beantwortung der Frage: Wo liegen die Ursache für die bisherige mangelhafte Aufklärung?

Die allgemeine Bedeutung ergibt sich nicht nur aus der unmittelbaren Gefahrensituation für Berliner Bürger*innen, sondern auch aus dem zunehmenden Vertrauensverlust staatlicher Organe in der Bevölkerung: Hier ist der Vertreter des Souverän, das Parlament, als demokratisch legitimierte Instanz gefragt – und zwar nicht als politisches Instrument der Opposition gegen die Regierung, sondern als Mittel des gesamten Parlaments zur Klärung eines den Rechtsstaat insgesamt treffenden Sachverhalts.

3. Im Gegensatz zu den bisher eingerichteten Kommissionen besitzt der PU die rechtlichen Rahmenbedingungen zur vollständigen Akteneinsicht und zur Zeugenvernehmung, die sich an der Strafprozessordnung orientieren.

In diesem Zusammenhang erwarten wir von Innen- und Justizsenat, dass sie den Staatswohlbegriff weit auslegen und eine vollständige Herausgabe der der vom PU als notwendig erachteten Akten sowie keine über die Strafprozessordnung hinausgehenden Aussagebeschränkungen von Zeugen sicher stellen.

4. Hinsichtlich des Fragenkatalogs, den sich der PU als Auftrag gibt, sollten folgende Gesichtspunkte aufgenommen werden:

a) - keine Beschränkung auf Vorgänge auf den Zeitraum seit 2016. Vielmehr sollen die Aktivitäten und die personellen Träger der rechten Szene seit 2003 einbezogen

werden. (2003 – massives öffentliches Auftreten der rechten Szene im Neuköllner Süden – „Forderung nach einem nationalen Jugendzentrum“, Angriff auf Wahlkampfstand Rudower Spinne mit Polizeieinsatz 2006, Brandanschläge auf 2 Häusern mit Bewohnern mit Migrationsbiographien im Frühjahr 2008 – 2 Täter wurden verurteilt usw.)

- Untersuchung der personellen und organisatorischen Verbindungen der rechten Neuköllner Szene zur NPD und ab 2016 auch zur AfD sowie zu neonazistischen Gruppierungen und Netzwerken in anderen Bezirken und anderen Bundesländern.

- keine Reduzierung des Täterkreises auf die aktuell als Tatverdächtige benannten 3 Personen. Auf eine größere Täterzahl weisen die weiterhin existierenden regionalen Tatfelder hin, die sich nicht nur auf den Neuköllner Süden beschränken (Stolpersteine November 2017, Anschläge auf Lokale und Einrichtungen in der Sonnenallee oder Wildenbruchstr. 2020, aber auch früher bereits Angriffe wie z. B. auf Galerie Olga Benario Dez. 2009, Büro Bündnis 90/die Grünen 2008/09). Auch gibt es nicht nur ähnliche Tatmuster bei den Anschlägen, sondern es sind auch unterschiedliche Tatmuster zu finden, für uns ein Hinweis auf einen größeren Täterkreis.

b) Aufarbeitung der Rolle der EG-Rex (2008 – 2016) als Beobachtungsinstanz der rechten Szene im Neuköllner Süden und ihre Zuarbeit zu den Ermittlungsinstanzen sowie als Netzwerker im Hinblick auf die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich ab 2008 gebildet haben.

c) Untersuchung der Zusammenarbeit von LKA und Verfassungsschutz: Gab es Behinderungen von Aufklärungsarbeit durch die unterschiedliche Interessenlage beider Behörden (Aufklärung von Straftaten, Beobachtung der Szeneentwicklung) sowie durch den Einsatz von V-Leuten?

d) Behandlung der Frage nach rechten Netzwerken unter Polizeibeamten sowie von polizeilichen Einrichtungen (z. B.: Dienststellen, Abschnitten usw.), Frage nach Chat-Gruppen, aber auch Kennbeziehungen zwischen den Mitgliedern.

e) Informationsabfluss von Polizei- und Ermittlunginterna an Aktivisten der rechten Szene oder rechte Parteiinstanzen.

f) Überprüfung der Arbeit der Staatsanwaltschaft: Wurden die einzelnen Straftaten des NK-Komplexes als Gesamtvorgang betrachtet oder wurden sie von unterschiedlichen Staatsanwälten einzeln bearbeitet?

Gab es bei der Führung der Ermittlungsarbeit initiativ Aktivitäten von Seiten der Staatsanwaltschaft?

5. Für notwendig halten wir die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Form von Betroffenen, der mbr, Recherchegruppen, Journalisten und Zeugen. Hier haben wir die Erwartung an den PU, dass er Formen findet, die diesen Personenkreis als

Sachverständige im Sinne einer wichtigen Informationsquelle für den PU nutzbar macht.

6. Die Sitzungen des PU müssen grundsätzlich öffentlich sein.